

WELZHEIMER ZEITUNG

Bote vom Welzheimer Wald
Amtsblatt der Stadt Welzheim

www.zvw.de

Der ideale
Werbeträger

Ihre Tageszeitung!
Telefon 07151-566-0



ZVW Zeitungsverlag Waiblingen E 1861

Donnerstag, 9. Juli 2026

153. Jahrgang

Nr. 155

3,20 Euro

Welzheim

Ein Abend für Begegnungen und Gespräche

Knappe Kassen, steigender Spardruck – und trotzdem hält Welzheim an einer lieb gewonnenen Tradition fest: Der Sommerempfang im Stadtpark findet auch in diesem Jahr statt. Zwar wurde am Konzept gefeilt und der Rotstift angesetzt, dennoch soll der Abend vor allem Begegnungen, Gespräche und Gemeinschaft ermöglichen. Welche Einsparungen gelungen sind und was Besucher am Freitag erwartet:

► Seite B 1



Bald ist Sommerempfang.
Foto: Franziska Lemoine

Rems-Murr-Kreis

Hitze stoppt Züge: Droht das jetzt öfter?

Auf der Murrbahn hat die extreme Juni-Hitze ein Brückenbauwerk so stark beschädigt, dass der RE90 zeitweise nicht mehr durch das Murrthal fahren konnte. Die Folgen trafen Pendler, Schüler und Berufstätige gleichermaßen. Doch der Vorfall ist mehr als eine regionale Störung – er wirft die Frage auf, wie anfällige Straßen, Schienen und Brücken im Zeitalter immer neuer Temperaturrekorde sind.

► Seite C 1



Der RE90. Foto: Benjamin Beytekin

Wir sind für Sie da

Abo-service 07151 566-444
aboservice@zvw.de

Anzeigen 07151 566-411
anzeigen@zvw.de

Redaktion
07151 566-820
Lokal welzheim@zvw.de
07151 566-382
Kreis kreis@zvw.de
07151 566-390
Sport sport@zvw.de

Börse

Dax	Euro-Stoxx 50	Euro
24933,97 Pkt. – 531,28 Pkt.	6214,69 Pkt. – 105,17 Pkt.	1,1404 Dollar – 0,29 Cent

Wetter



Mittags 29° | Nachts 15°

Viel Sonnenschein und überwiegend niederschlagsfrei



Kampf ums Brot

Die Handwerkskunst der Bäcker wird allgemein hochgeschätzt. Wenn es aber um den Preis geht, decken sich viele Kunden und Kundinnen dann doch lieber an der günstigen Supermarkt-Backstation mit Croissant, Brötchen oder Brot ein. Das Nachsehen haben die klassischen Bäckereibetriebe, deren Zahl kontinuierlich sinkt.

Foto: Lieke/Mike Knechtke/Netpage/Photo

Umfrage: Landesregierung soll bei sich selbst sparen

BaWü-Check Trotz sinkender Steuereinnahmen finden die Menschen im Südwesten, die Regierung solle nur in zwei Bereichen sparen, nämlich in der Verwaltung und in der Kultur.

VON ANNIKA GRAH

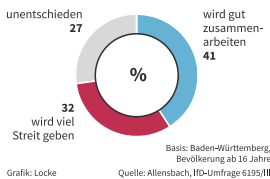
STUTTGART. Trotz sinkender Steuereinnahmen sehen die Menschen im Südwesten nur zwei Bereiche, in denen das Land sparen könnte: bei sich selbst – und bei der Kultur. Vier von fünf Befragten im BaWü-Check, der repräsentativen Umfrage baden-württembergischer Tageszeitungen, finden, dass das Land Personal in der Landesverwaltung kürzen sollte. Ein Versprechen, das die Regierung im Koalitionsvertrag auch gegeben hat. Obwohl Grüne und CDU zum Start jeweils 30 Stellen in den von ihnen geführten Ministerien schaffen dürfen, beteuert Finanzminister Danyal Bayaz (Grüne), die Landesregierung halte am Abbauziel weiter fest.

Der zweite Bereich, in dem laut den Befragten weniger Geld ausgegeben werden sollte, sind Kulturreinrichtungen wie Theater und Museen. 72 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass hier weniger Geld ausgegeben werden sollte. 2025 befürworteten nur 59 Prozent Kürzungen im Kulturbereich.

Den Abbau von Schulden hält nicht einmal jeder Fünfte für eine der wichtigsten

Kooperation und Konflikte erwartet

Glauben Sie, dass die Koalition aus Grünen und CDU in Baden-Württemberg gut zusammenarbeiten wird?
Angaben in Prozent



Grafik: Locke

Aufgaben. Vor allem im sozialen Bereich solle das Land mehr Geld in die Hand nehmen. 90 Prozent möchten, dass mehr für Gesundheitseinrichtungen wie Krankenhäuser ausgegeben wird. 88 Prozent sind der Auffassung, dass mehr Geld in die Ausstattung von Schulen gesteckt werden sollte, 81 Prozent sind für eine bessere Finanzierung von Kindergärten. Auch höhere Investitionen in Infrastruktur wie Wohnungsbau (78 Prozent) und Straßen (76 Prozent) befürworten viele.

All diese Wünsche zu erfüllen dürfte angesichts der Finanzlage schwierig sein. Hoch sind die Erwartungen an die Landesregierung indes nicht. Nur 38 Prozent der Befragten trauen ihr zu, die Zukunftsprobleme im Südwesten erfolgreich anzugehen.

Das Vertrauen in den neuen Ministerpräsidenten Cem Özdemir (Grüne) ist hingegen groß. 53 Prozent trauen ihm zu, ein guter Ministerpräsident zu werden. Ähnlich gut kam zuletzt Vorgänger Winfried Kretschmann (Grüne) weg: 50 Prozent der Befragten fanden im Februar nach fast 15 Jahren Amtszeit, Kretschmann habe gut gearbeitet.

Leitartikel

Kommentar

Lieber gründlich als hektisch

Ministerin Warken will die Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung regeln. Ihr Plan wirkt aber chaotisch.

VON HAJO ZENKER

Die Löcher in den Kassen der Krankenkassen werden immer größer. Soll es zum Jahreswechsel nicht erneut zu einer Welle von Beitragserhöhungen für die Versicherten und ihre Arbeitgeber kommen, muss schnell gehandelt werden. Die Frage ist nur: wie schnell? Zwar ist verständlich, dass die Regierung das Reformgesetz, das letztlich ein Kürzungsgesetz ist, noch vor der Sommerpause durchbringen will. Doch war man sich innerhalb der Koalition und in den Verhandlungen mit den sehr kritisch gestimmten Ländern in vielen Punkten so uneins, dass der erste in den Bundestag eingebrachte Gesetzesentwurf quasi Makulatur ist.

Auf den letzten Drücker formulierte und auf fast 300 Seiten verteilte Änderungen sind eine Zumutung für Parlamentarier, die gern wissen wollen, worüber sie da eigentlich abstimmen. Das Durcheinander ist so groß, dass nun Oppositionspolitiker vor das Bundesverfassungsgericht gezogen sind.

Wie das Urteil ausfallen wird, lässt sich schwer vorhersagen. Immerhin, Karlsruhe hat 2023 schon einmal die Verabschiedung eines Gesetzes kurz vor der Sommerpause gestoppt – damals ging es um das Gesetzgebungsverfahren zum sogenannten Heizungs-gesetz der Ampelkoalition. Unabhängig davon gilt: lieber ein durchgerechnetes Gesetz, das Anfang September zur Abstimmung steht, als allerlei Detailänderungen, die niemand mehr versteht – und die uns allen gewaltig auf die Füße fallen können.

Opposition will mehr Zeit für GKV-Reform

BERLIN. Die Grünen und die Linke haben eine Eilklage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht, um die noch für diesen Freitag geplante Abstimmung über die Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) im Parlament zu verhindern.

Er habe das Gericht angerufen, weil er „Zweifel habe, dass dieses Gesetzgebungsverfahren noch den verfassungsrechtlichen Anforderungen an ein ordnungsgemäßes parlamentarisches Gesetzgebungsverfahren genügt“, erklärte der Grünen-Gesundheitspolitiker Janosch Dahmen. Er kritisierte ein „chaotisches Gesetzgebungsverfahren“. Eine hinreichende Prüfung im Parlament sei praktisch nicht möglich.

AFF

Kommentar

Nato-Staaten erneuern Bündnistreue zu Artikel 5

Beim Gipfel in Ankara betonen Staaten gegenseitige Beistandspflicht. USA sagen Ukraine Bau von Patriot-Raketen zu. Trump droht Iran.

ANKARA/WASHINGTON. Die Nato-Staaten haben ungeachtet der scharfen Kritik durch US-Präsident Donald Trump an der Allianz auf dem Gipfel in Ankara ihre Bündnistreue und gegenseitige Beistandspflicht bekräftigt. Die Staats- und Regierungschefs betonten ihr „unerschütterliches Bekenntnis“ zur „gemeinsamen Verteidigung gemäß Artikel 5“ des Nordatlantikvertrags. „Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle“, erklärten die Nato-Partner darin.

Die von Russland angegriffene Ukraine erhielt unterdessen eine neue Zusage für milliardenschwere Militärhilfen. Für dieses Jahr sagen Verbündete 70 Milliarden Euro für Ausrüstung, Unterstützung und Ausbildung zu. 2027 soll die Militärhilfe mindestens auf diesem Niveau fortgesetzt werden. Laut Trump werden die USA der Ukraine die Erlaubnis zum Bau von Patriot-Luftabwehrraketen erteilen. „Wir werden ihnen das Recht

geben, Patriots herzustellen“, sagte er bei einem Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj. „Wir werden ihnen zeigen, wie es geht“, fügte Trump an.

Bundeskanzler Friedrich Merz sieht die Zusage als wegweisend an. „Dem Kreml dürfte langsam klar sein, dass sich Russland in diesem Krieg nicht durchsetzen und seine Kriegsziele nicht erreichen wird“, sagte der CDU-Politiker. Der Gipfel in Ankara könne einen Einschnitt in diesem Krieg markieren.

Derweil drohte Trump angesichts der Eskalation im Iran-Krieg mit weiteren Angriffen. Das US-Militär habe den Iran mit Attaken in der Nacht „hart getroffen“ und „wir werden sie höchstwahrscheinlich auch heute Nacht wieder hart treffen“, sagte Trump. Wenig später bestätigte das zuständige US-Regionalkommando Centcom in der Nacht auf Donnerstag eine neue Welle von Angriffen gegen den Iran.

dpa/AFP

